

SVP *ja*

SVP
UDC

Die Zeitung des Mittelstandes

Gegen Sozialausbau

Die Delegiertenversammlung vom 28. Juni in Grenchen (SO) hat sich deutlich für das Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung, für die Bekämpfung von Missbräuchen im IV-Bereich und gegen die weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der Sozialwerke ausgesprochen. **Seiten 6, 7**



Bild Imagepoint / Urs Bucher

**Schweizer Familien -
auch in Zukunft
aus eigener Kraft stark**

Steuerpaket endlich verabschiedet!

Seite 3

Nach langem Hin und Her steht das Steuerpaket. Nun gilt es, das Kantonsreferendum zu verhindern.

Fraktionsausflug in Basel

Seiten 8, 9

Der jährliche Fraktionsausflug der SVP führte über den Jura in die Kantone BS und BL.

SVP in Wahlkampfstimmung

Seite 16

Am 23. August steigt in Holziken (AG) das grosse SVP-Wahlkampfifest. Bestellen Sie jetzt Ihre Festkarte!



Ubi bene ibi patria!

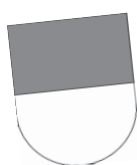
Wo sich gut leben lässt, dort ist das Vaterland! Die Idee, die sich wie so viel Grosses, Bleibendes, Gültiges im Kern beim römischen Staatsmann und Dichter Cicero findet, lädt uns keineswegs ein, unseren Patriotismus an den Nagel zu hängen und das Glück jenseits der Schweizergrenze in der weiten Welt zu suchen. Cicero war und blieb so sehr Römer wie wir Schweizer. Wir bleiben in unserer Heimat, weil es uns hier gefällt. Diese Freude am Vaterland nimmt die verschiedensten und immer wieder neue Formen an: Es gibt Mitbürgerinnen, denen der jährliche Berner Frauenlauf mit seiner fröhlichen Atmosphäre und seinem sympathischen, *toleranten* Feminismus ein Inbegriff dessen ist, was die Schweiz ausmacht. Anderen ist das jährliche Feldschieszen der Tag, an dem die Schweiz so richtig schweizerisch ist. An einem Feldschieszen-Tag glauben zum ersten Mal in unserem Land anwesende Besucher immer wieder, die Revolution sei ausgebrochen. Bei den meisten von uns sind es *solche* und zahlreiche weitere Anlässe, die uns, über die einmalige politische Kultur der Eidgenossenschaft noch *hinaus*, jenes behagliche Gefühl vermitteln, in dieses Land und zu diesem Land zu gehören.

Wo sich gut leben lässt, dort ist das Vaterland! Am besten lebt es sich mit wirklichen Freunden, mit Menschen, die bei Regen eben so zu uns stehen wie bei Sonnenschein. Freundschaften kräftigen die Familien wie die Dorfgemeinschaften, sie bilden sozusagen die stille Reserve der direkten Demokratie. Wie bei allem auf der Welt besteht auch im Wertvollen, das die Freundschaft ohne Zweifel darstellt, eine gewisse Gefahr des Missbrauchs. Diese reale Gefahr soll uns den Medien und ihrem Grübeln mit jener Toleranz begegnen lassen, die nötig ist, damit die Journalisten *ihre* Aufgabe erfüllen können. Aber die Gefahr des Missbrauchs darf - auch und gerade in einem Wahljahr - nicht dazu führen, dass das öffentliche Vertrauen im Land noch weiter abgebaut und vollends durch ein allgemeines Misstrauen aller gegen alle ersetzt wird. Hier ist eine Aufgabe, die uns *allen* in gleicher Weise gegeben ist, eine Aufgabe, die nichts kostet, ausser Selbstüberwindung, und deren Ertrag eine höhere Lebensqualität aller ist. Ich denke jeweils daran, wenn ich in meinem Wohnort die über 150 Jahre alte Hauschrift lese, die wohl aus einer betont christlichen Epoche stammt, deren menschlicher Grundgehalt aber zu allen Menschen aller Religionen, zu allen Menschen aller Vaterländer zu sprechen vermag:

*Wem Hass und Missgunst wohl gefällt,
Lebt als ein Böswicht in der Welt,
Fügt seinem Nächsten Schaden zu,
Und stört ihn in der besten Ruh.
Ein ächter Christ thut solches nicht,
Er denkt an Gott, und seine Pflicht.*

**Bundesrat
Samuel Schmid**

Kurzmeldungen



Im 2. Wahlgang der Solothurner Regierungsratsersatzwahlen am 29. Juni erreichte SVP-Kantonalpräsident Heinz Müller mit 21.0 % ein starkes Resultat und übertraf damit die Ergebnisse früherer Wahlen deutlich. Gewählt wurde SP-Nationalrat Roberto Zanetti, der damit den Sitz der CVP übernahm.

Zum zweiten Mal dieses Jahr musste die CVP einen Regierungsratssitz an die SP abgeben, weil sie ohne die SVP nicht mehr die Kraft hat, ihre bisherigen Sitze zu verteidigen. Schon die Wahlen in den Zürcher Regierungsrat waren nach demselben Muster abgelaufen. Es wird für die CVP langsam Zeit zu entscheiden, ob sie mit ihrer Strategie der Ausgrenzung der SVP weiterfahren will. Die CVP und die FDP bekämpfen in allen Kantonen, in der die SVP in den letzten 15 Jahren gegründet wurde, die SVP-Kandidaturen und verhindern damit die Einsitznahme in der Regierung. Diese Strategie nützt der Linken, die sich dadurch vermehrt durchsetzen kann.



In Thun wurde am 15. Juni der 2. Wahlgang der Regierungstatthalterwahlen durchgeführt. Gewählt wurde SVP-Grossrat Bernhard Wytenbach, der den SP-Kandidaten Marcus Sartorius knapp hinter sich liess. ◀



Ja zum Steuerpaket des Bundes

Es ist höchste Zeit, die in den vergangenen Jahren massiv gestiegene Steuer- und Abgabenlast zu reduzieren. Daher hat die SVP dem Steuerpaket zugestimmt. Sie hätte es zudem begrüsst, wenn auch die Unternehmens- und die Stempelsteuer reduziert worden wären, was leider von den so genannten Wirtschaftsparteien FDP und CVP abgelehnt wurde.

Das Steuerpaket, wie es von National- und Ständerat im Juni verabschiedet wurde, besteht aus vier Teilen und entlastet die Steuerzahler um insgesamt 2 Milliarden Franken. Die vier Elemente sind die Reform der Ehepaar- und Familienbesteuerung, die eine Entlastung um 1.2 Milliarden herbeiführt, der Systemwechsel bei der Besteuerung des Wohneigentums (-430 Millionen), das steuerlich begünstigte Bausparen (-50 Millionen) und die teilweise Beseitigung der Umsatzabgabe (-280 Millionen) sowie der Emissionsabgabe (-30 Millionen).

Familien besser stellen

Bisher wurden bei der direkten Bundessteuer die Ehepaare gegenüber den Konkubinatspaaren stark benachteiligt. Mit dem vorliegenden Steuerpaket werden diese Ungerechtigkeiten beseitigt, welche in den letzten Jahrzehnten infolge der vermehrten Erwerbstätigkeit der Frauen und den progressiven Steuersätzen immer mehr zugenommen hatten. Anstelle des bisherigen Vollsplittings werden beim vorgesehenen Teilsplitting die Einkommen der beiden Ehegatten zusammengerechnet und durch 1,9 geteilt. Zudem wird der Kinderabzug von 4'300 auf 9'300 Franken erhöht und es werden weitere kinderfreundliche Abzüge gewährt (Kinderbetreuung, Berücksichtigung der Prämien

aus der obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung, etc.). Die verschiedenen Bestrebungen, unverheiratete Paare den verheirateten weitgehend gleichzustellen, wurden jedoch zu Recht abgelehnt.

Die Reform der Ehepaar- und Familienbesteuerung war längst fällig und daher auch am wenigsten bestritten. Wenn die Linke jetzt geltend macht, dass diese Reform vor allem den Mittelstand entlaste, jedoch für die untersten Einkommen nichts bringe, dann stimmt dies. Aber Steuerpflichtige, welche bisher schon keine Steuern bezahlt haben, können in unserem Steuersystem nun einmal nicht weiter entlastet werden.

Streitpunkt Wohneigentumsbesteuerung

Um die Wohneigentumsbesteuerung wurde wesentlich mehr gerungen. Während eine wärschafte Mehrheit des Ständerates und eine starke Minderheit des Nationalrates - einschliesslich der SVP - bis am Schluss am bisherigen System festhalten wollte, kam in der Schlussrunde eine Einigung zugunsten eines Systemwechsels zustande. Neu soll der Eigenmietwert nicht mehr zum Einkommen hinzuge-rechnet werden. Auf der anderen Seite sollen die Schuldzinsen auch nicht mehr ab-

zugsfähig sein. Die Kosten für den Unterhalt sollen nur noch abgezogen werden können, wenn sie 4'000 Franken pro Jahr übersteigen. Doch der eigentliche Streitpunkt dieser Vorlage, welcher auch die Finanzdirektoren auf die Palme gebracht hat, ist der Schuldzinsabzug für Ersterwerber von Wohneigentum. Diese sollen - ganz im Sinne der in der Bundesverfassung verankerten Förderung des Wohneigentums - die Möglichkeit erhalten, während der ersten fünf Jahre einen Teil der Schuldzinsen, nämlich 7'500 Franken (für Ehepaare das Doppelte) bei den Steuern abzuziehen. Nach fünf Jahren soll dieser Abzug jährlich um 20 Prozent reduziert werden. Diese Massnahme soll zusammen mit dem steuerbegünstigten Bausparen dazu führen, dass in unserem Land die Wohneigentumsquote ansteigt. Diese liegt nämlich im europäischen Vergleich weit unter dem Durchschnitt.

Unverständliches Referendum

Die SVP hat dem Systemwechsel in der Wohneigentumsbesteuerung erst zugestimmt, nachdem die Mehrbelastung für Ersterwerber - es handelt sich dabei vorab um junge Familien und junge Gewerbetreibende - beseitigt wurde. Sie hat deshalb auch wenig Verständnis für die Referendumsdrohungen der Finanzdirektoren, denn dieser Teil des Steuerpakets wird erst im Jahr 2009 wirksam. Bis dann sollte voraussichtlich die Neuverteilung des Finanzausgleichs und der Aufgabenverteilung zwischen dem Bund und den Kantonen in Kraft sein. Bei diesen Perspektiven kann auch die momentane Finanzlage nicht als Argument gegen angemessene Steuererleichterungen ins Feld geführt



► Nationalrat Bruno Zuppiger, Hinwil (ZH)

werden. Schliesslich haben die gleichen, meist bürgerlich zusammengesetzten Kantonsregierungen in den 90er Jahren auch nie Einspruch erhoben, als die Steuer- und Fiskalquote in der Schweiz gegenüber den anderen OECD-Ländern fast weltrekordverdächtig gewachsen ist. Falls das Referendum der Kantone zustande kommt, wird die SVP den Kampf für tiefere Steuern und Abgaben bestimmt nicht scheuen.

Die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion hat bedauert, dass bei dieser Steuerreform mit der weitergehenden Abschaffung der Stempelsteuern und der Entlastung für die Unternehmungen durch die Reduktion des Grenzsatzes nicht deutlichere Zeichen zugunsten des Wirtschafts- und Finanzplatzes Schweiz gesetzt wurden. Umso mehr fordert sie vom Bundesrat, die versprochene Revision des Unternehmensteuerrechts zügig an die Hand zu nehmen und die seit langem festgestellten Mängel zu beseitigen. Wir brauchen dringend starke Signale für den Unternehmensstandort Schweiz! ◀

Die SVP bleibt am Ball

Am 27./28. Juni hielten Vorstandsgremien und Delegierte ihre Sitzungen ab. In Bettlach (SO) beschloss der Leitende Ausschuss, am 13.9. einer ausserordentlichen DV eine neue Asylinitiative zu beantragen. Die DV stimmte derweil in Grenchen dem Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung zu.

Für ihre ordentlichen Sitzungen wurden der Leitende Ausschuss, der Zentralvorstand und die Delegierten in den Kanton Solothurn eingeladen. Im „Urs und Viktor“ in Bettlach besprach der Leitende Ausschuss (LA) das weitere Vorgehen in Sachen neue Asylinitiative und nahm von den Vorarbeiten einer Fachkommission Kenntnis. Die SVP ist über die Verschleppung und Verwässerung der Asylgesetzrevision sehr unzu-

frieden und will mit allen Mitteln den Druck aufrechterhalten, um die zahlreichen Missbräuche im Asylwesen endlich in den Griff zu bekommen.

Asyl-DV am 13. September

Der LA beschloss daher, am 13. September eine ausserordentliche DV einzuberufen und dann über die Lancierung der Initiative zu befinden.

Mögliche Elemente der Initiative sind die Verstärkung der Grenzkontrollen, die Einrichtung von Kollektivunterkünften für illegal Eingereiste, die vermehrte Abweisung von Asylsuchenden durch Nicht-eintreten, die konsequente Abweisung und Ausschaffung bzw. Verwahrung krimineller Asylbewerber oder die schnellere Behandlung von Beschwerden. Der Initiativtext befindet sich nun zur Konsultation bei den Kantonalparteien.

Nein zu Mutterschaftsversicherung und höherer MWSt

An der DV in Grenchen wurde der Beschluss gefasst, gegen

die Mutterschaftsversicherung das Referendum zu ergreifen. Es geht nicht an, dass in einer Zeit, in der gleichzeitig die Defizite in fast allen Sozialversicherungen wachsen und trotzdem die Steuern, Prämien und Abgaben erhöht werden müssen, dem überlasteten Sozialsystem wieder neue Leistungen aufgepfropft werden. Konsequenterweise beschloss die DV sodann, die Erhöhungen der Mehrwertsteuer für AHV und IV aktiv zu bekämpfen. Höhere Steuern lähmen die Wirtschaft, erhöhen die Arbeitslosigkeit und schmälern so die Einnahmen der Sozialversicherungen. Schliesslich stimmte die DV einem Antrag der SVP GR zu (s. unten). ◀

Yves Bichsel
Pressesprecher

Die SVP will den ländlichen Raum und das Berggebiet stärken

An der Delegiertenversammlung vom 28. Juni in Grenchen (SO) wurde folgender Antrag der SVP Graubünden gutgeheissen.

Der ländliche Raum, zu dem auch das Berggebiet gehört, wird als Wirtschaftsraum immer mehr geschwächt. Investitionen werden zunehmend vom Land und vom Berggebiet in die Zentren verlagert. In peripheren Regionen gehen in allen Wirtschaftssektoren Arbeitsplätze und damit auch Erwerbsmöglichkeiten verloren. Die Konsequenz ist eine Abwanderung der Bevölkerung in die Zentren, die dadurch ihrerseits wieder stärker unter Druck geraten. Die Erhaltung der dezentralen Besiedelung ist gefährdet. Von dieser unerfreulichen Entwicklung sind alle für den ländlichen Raum wesentlichen Wirtschaftssektoren be-

troffen: Das Gewerbe, die Industrie, der Tourismus, die Landwirtschaft, die öffentlichen Dienstleistungsbetriebe, die Wasserkraft sowie der private und öffentliche Verkehr. Keiner dieser Sektoren kann für sich allein die dezentrale Besiedelung erhalten. Darum muss der ganze ländliche Raum als Wirtschaftsraum gestärkt werden. Dazu ist eine Unterstützung aller für den ländlichen Raum und das Berggebiet wesentlichen Wirtschaftszweige erforderlich. Auch gesellschaftspolitisch ist es von zentraler Bedeutung, den ländlichen Raum zu stärken und eine weitere Abwanderung vom Land in die Agglomerationen zu verhindern. ◀

Die SVP fordert:

- ▶ Eine neue Regionalpolitik, welche die ländlichen Gebiete und das Berggebiet als Komplementärregionen zu den Zentren versteht und deren möglichst eigenständige Entwicklung unterstützt;
- ▶ Die Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine optimale Wertschöpfung in den ländlichen Regionen und im Berggebiet selbst ermöglichen;
- ▶ Den konsequenten Abbau von Vorschriften, die eine eigenständige Entwicklung des ländlichen Raums ersticken;
- ▶ Eine Aufgabenteilung (Bund-Kantone-Gemeinden) im Rahmen des Neuen Finanzausgleichs, die auf die neue Regionalpolitik im vorerwähnten Sinne abgestimmt ist und diese unterstützt;
- ▶ Eine gesamtheitliche Betrachtungsweise unter Einbezug aller für den ländlichen Raum wesentlichen Wirtschaftssektoren.

Das Asyldebakel aus Sicht eines Gemeindepräsidenten

Die Gemeinde Bauma im Zürcher Tösstal, in der ich als Gemeindepräsident amte, ist seit vielen Jahren mit der Beherbergung von Asylsuchenden bzw. mit den damit verbundenen Problemen konfrontiert. Am Beispiel unserer Gemeinde zeigen sich die Konsequenzen der verfehlten bundesrätlichen Asylpolitik beispielhaft.

Anfangs der Neunzigerjahre hatte die Gemeinde Bauma erstmals Asylsuchende aufzunehmen. Rückblickend kann diese Zeit als vergleichsweise „harmlos“ taxiert werden. Allerdings war deliktisches Verhalten der Asylsuchenden schon damals keine Seltenheit, insbesondere Diebstähle in unseren dörflichen Läden gehörten sozusagen zur Tagesordnung. Aufgrund der damals noch einigermaßen überschaubaren Gruppengrößen von ca. 4 - 8 Personen war es aber eher möglich, mehr oder weniger verantwortbare Zustände in der Asylunterkunft sicherzustellen. Bedeutend gravierender wurden die Probleme dagegen, nachdem in unserer Gemeinde ein so genanntes Durchgangsheim mit bis zu 80 Bewohnern in Betrieb genommen wurde.

Die Behörden sahen sich fortan mit unzähligen Reklamationen konfrontiert.

Grosser Unmut in Bevölkerung

Anwohner beklagten Nachtruhestörungen zum Teil bis in die frühen Morgenstunden. Trotz unzähliger Interventionen der Behörden und dem angeblich grössten Bemühen des Betreuerenteams bekam man dieses Problem leider nicht in den Griff. Als Gemeindepräsident blieb mir in der Folge nichts anderes übrig, als die in meiner Sprechstunde erschienenen, aufgebrachten Mitbürgerinnen und Mitbürger zu beruhigen, soweit dies eben möglich war. Allerdings blieben meine Beruhigungsversuche verständlicherweise immer dann gänzlich erfolglos, wenn es um anzügliche Bemerkungen bzw. um Belästigungen von jungen Frauen und Mädchen durch Asylanten ging. Mit Entrüstung reagierten Baumerinnen und Baumer aber auch auf die Tatsache, dass der Drogendeal im

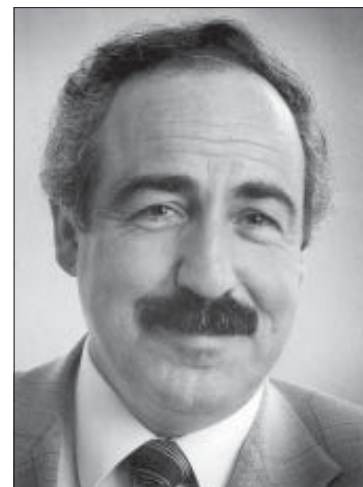
Durchgangsheim zur Tagesordnung gehörte.

Die beschriebene Situation in unserer Gemeinde ist kein Einzelfall, sondern entspricht den gängigen Erfahrungen in den allermeisten schweizerischen Gemeinden. Damit die verklärte bundesrätliche Optik endlich durch eine realistische Sicht der Dinge und durch die nötige Bodenhaftung abgelöst wird, empfehle ich Frau Bundesrätin Metzler, sie möge ebenso wie viele Gemeindepräsidenten in öffentlichen Sprechstunden dem Volk Red und Antwort stehen!

Nun, der beschriebene zweite Akt des „Asylanten - Dramas“ in Bauma hat kürzlich sein Ende gefunden, indem das Durchgangsheim wegen Auflösung des Mietverhältnisses geschlossen wurde. Wir mussten feststellen, dass unsere Gastfreundschaft von den Asylsuchenden mit einem Verhalten, wie es sonst eher in einem Schweinestall zu erwarten wäre, quittiert wurde. Denn die besagte Liegenschaft hatte in den Jahren als Asylunterkunft dermassen gelitten, dass sie trotz grosser Investitionen zu Beginn des Mietverhältnisses heute als Abbruchobjekt bezeichnet werden muss.

Zahlen steigen laufend

Infolge der genannten Probleme und der noch immer steigenden Asylantenzahlen wird es immer schwieriger, geeigneten Wohnraum zu finden und die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung erwarten zu können. Aufgrund des zur Zeit gültigen Verteilschlüssels muss eine zürcherische Gemeinde am 1. Juni gemessen



► Peter Good, Kantonsrat und Gemeindepräsident von Bauma (ZH)

an der Wohnbevölkerung 0,9% Asylsuchende aufnehmen. Aus Insiderkreisen ist aber zu erfahren, dass es nicht mehr lange dauern wird, bis die Aufnahmequote auf 1% der Wohnbevölkerung erhöht wird - und dies alles unter dem Titel der bundesrätlichen Botschaft: „Wir haben alles im Griff“.

Pulverfass

Trotz gegenteiliger Beteuerungen ist der Bundesrat offensichtlich nicht willens, dem grassierenden Asylrechtsmissbrauch und seinen Folgen entschlossen entgegenzutreten. Die Landesregierung hat daher auch die Verantwortung dafür zu tragen, dass ihre fragwürdige Asylpolitik den Nährboden für Extremismus und Radikalismus geradezu kultiviert. Dies kann jedoch weder im Interesse unseres Landes noch im Interesse echter Flüchtlinge sein. Die heutige Situation ist mit einem Pulverfass zu vergleichen. Ich bin deshalb überzeugt, dass man der SVP dereinst dankbar sein wird, wenn es ihr gelingt, diese unhaltbare und gefährliche Situation zu entschärfen. ◀

Nicht vergessen!

**Nationale SVP-Begegnungen
Freitag, 19. September 2003**

**Rencontres Nationales UDC
Vendredi 19 septembre 2003**

Montreux (VD)

**Bestellen Sie jetzt auf Ihrem kantonalen Sekretariat
Ihre Festkarte für das grosse SVP-Parteifest in der
Romandie. Achtung: Die Platzzahl ist beschränkt!**

Forderungskatalog zur Sicherung der Sozialwerke

Am 12. Juni hat die SVP-Fraktion einen Forderungskatalog zur Sicherung der Sozialwerke verabschiedet. Die wichtigsten Punkte daraus wurden am 28. Juni von der DV in Grenchen aufgenommen. Im Folgenden wird die ausführliche Version abgedruckt.

Sicherung der AHV

Ziel der SVP: Die AHV ist mindestens bis 2015 gesichert

- ▶ ohne Erhöhung des Rentenalters,
- ▶ ohne neue Mehrwertsteuern,
- ▶ ohne Rentenkürzungen,
- ▶ ohne weiteren Leistungsausbau.

Die SVP wird die MwSt-Erhöpfung in der Volksabstimmung bekämpfen, solange die Erträge der überschüssigen Goldreserven zu mindestens zwei Dritteln und das volle AHV-MwSt-Prozent nicht in die AHV fließen.

Für die langfristige Sicherung der AHV sind

- ▶ die Probleme ab 2015 zu eruieren,
- ▶ alle Alternativen, welche dieses Problem lösen, darzulegen,
- ▶ sämtliche Varianten zu prüfen und zu bewerten,
- ▶ konkrete Vorschläge zu einem Gesamtkonzept ist vom Bundesrat zu beantragen,

so dass die eidg. Räte bis zum Jahr 2010 entscheiden können.

Dies verlangt die SVP vom Bundesrat.

2. Säule und Invalidenversicherung

Hauptproblem der Pensionskassen ist derzeit nicht der Deckungsgrad bei marktgerechten Zinssatz, sondern

- ▶ der Versuch, **Frühpensionierungen** über die Pensionskassen vorzunehmen (vor allem bei öffentlichen Kassen).
- ▶ die zunehmende Invalidisierung, d.h. die eklatanten Missbräuche der Invalidisierung (**Scheininvaliden**).
- ▶ der zunehmende **Ersatz von Arbeit und Lohn durch eine Invalidenrente** (durch Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Ärzte und Sozialfilz).

Dieser Invaliditätsmissbrauch macht die Finanzierung und Sicherung der **Invalidenversicherung**, der **SUVA** und der **privaten Pensionskassen** zum Problem.

Auf einen Blick

- Kampf der Scheininvalidität statt einer MwSt-Erhöpfung
- Zustimmung zur BVG-Revision (sofern keine neuen Belastungen für die 2. Säule eingebaut werden)
- Keine MwSt-Erhöpfung für die IV, aber drastischer Kampf gegen die Scheininvalidität
- SVP verlangt unverzüglich Offenlegung der Zahlen (Invaliditätsstatistik) der SUVA und IV ohne Tabu
- Vorlage eines Konzeptes zur Bekämpfung der Scheininvalidität unter Rechenschaft der Verursacher (Scheininvaliden, Arbeitgeber, Ärzte, Rekurskommission, Sozialfilz)
- Es sind auch strafrechtliche Massnahmen bei aufgedecktem Invaliditätsmissbrauch notwendig.
- Bund hat dafür zu sorgen, dass auch die Bundesangestellten mit 65 pensioniert werden (heutiger Durchschnitt 61,1 Jahre)
- Anpassung der IV-Rente an die Kaufkraft des entsprechenden Landes, in das die IV-Rente von der Schweiz aus ausbezahlt wird.

Zur Scheininvalidität

Die Pensionskassen leiden nicht primär an einer Unterdeckung, die durch die Börsenbaisse hervorgerufen wurde, sondern viel mehr an Frühpensionitis und der Scheininvalidisierung unserer Gesellschaft.

Die Voraussetzungen für die Sicherung der AHV		
Massnahmen	Finanzielle Auswirkungen: gegenüber Konzept SGK-Ständerat vom Mai 2003	Ergibt bis 2015:
Der Ertrag und die Zinsen der nicht für Währungszwecke benötigten Goldreserven der Nationalbank (SNB) sind vollumfänglich (mindestens aber zu 2/3) der AHV zuzuführen.	Zusätzl. Einnahmen von mind. 0.5 Mia. Fr./Jahr ab 2004 (12 Jahre) inkl. Zins	Mind. 7 Mia. Fr.
Vollumfängliche Zuweisung des seit 1999 für die AHV erhobenen MwSt-Prozentes an die AHV	Zusätzl. Einnahmen von 0.4 Mia. Fr./Jahr (17 Jahre) zuzüglich Zins	Mind. 8 Mia. Fr.
Verzicht auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (SGK-S 0,5% MwSt ab 2008, 1,0% MwSt ab 2012: total 14,4 Mia. Fr.)	Der Mittelstand darf nicht mit weiteren Steuern belastet werden.	(- 14,4 Mia. Fr.)

Fortsetzung rechte Seite



Schweiz: Wachstum in der Invalidität statt in der Wirtschaft!

Die Schweiz ist das Land mit den grössten Wachstumsraten im Bereich der Invalidisierung. **Die Zahl der IV-Rentner stieg von 1990 bis ins Jahr 2002 von rund 160'000 auf 260'000.** Damit ist der Anteil der IV-Rentner in der Schweiz auf 4,9% gestiegen (im Jahr 1990 noch 3,1%, im Jahr 2000 noch 4,3%). **Dies bedeutet, dass in der Schweiz rund 1 von 20 Personen im erwerbsfähigen Alter ein IV-Rentner ist.** Die jährlichen Zuwachsraten bei der IV schwanken zwischen fünf und acht Prozent. Die Ausgaben betragen 1990 noch rund 4 Milliarden, heute sind wir bei rund 10 Milliarden.

Dass die IV missbraucht wird, kann auch anhand der enorm grossen kantonalen Unterschiede gezeigt werden. Im Kanton Basel-Stadt sind 9% der erwerbstätigen Bevölkerung invalidisiert, während in Nidwalden nur knapp über 3% invalidisiert sind. Der kantonale Vollzug wird also enorm unterschiedlich durchgesetzt. Gleichzeitig kann gesagt werden, dass je mehr Ärzte es gibt, desto kranker eine Gesellschaft ist. Die Ärztedichte hat in der Schweiz in den letzten 15 Jahren um die Hälfte zugenommen, bei den Psychiatern und Psychotherapeuten mit eigener Praxis kann sogar eine Verdoppelung festgestellt werden.

Wir haben also eine völlig absurde Situation: Dort wo am meisten Ärzte sind, haben wir am meisten Kranke und Invalide. Und dort, wo es am wenigsten Ärzte hat, sind die Leute am gesündesten. Diese Fakten sprechen für sich.

Immer mehr Invalide aus „psychischen Gründen“

Besorgniserregend ist die quasi **Verdoppelung der Rentner, die aus psychischen**

Gründen invalid geschrieben werden. In der Schweiz werden 73'000 der total 220'000 Renten aufgrund psychischer Ursachen ausbezahlt, d.h. 1 von 3 Renten. Sind psychisch kranke Menschen erst einmal Rentenbezüger, wird eine Wiedereingliederung immer schwieriger.

Die Invalidenversicherung ist ein Sozialwerk, das die Lebensexistenz für wirklich Behinderte (von Geburt, Krankheit oder durch einen Unfall) zu sichern hat. In der Zwischenzeit ist daraus eine Mischung von wirklich Behinderten, Frühpensionierten und abgeschobenen Fürsorgebezügern geworden. Dies ist ein klarer Missbrauch dieses Sozialwerks. Deshalb gilt es bei den Ursachen dieser Scheininvalidität anzusetzen.

Kampf dem Invaliditätsmissbrauch

Die Hauptfrage, die sich für die SVP stellt, ist: Wie viel Scheininvalidität können bzw. wollen wir uns leisten? Dem Sozialmissbrauch muss endlich ein Riegel geschoben werden!

Wichtig für die weitere Entwicklung der Pensionskassen ist auch, dass bei Frühpensionierungen ein den realen Verhältnissen angebrachter Abschlag der Rente zu machen ist.

Nein zur Mutterschafts- versicherung

Gegen die neue Mutterschaftsversicherung ist das Referendum zu ergreifen.

Begründung

■ Dreimalige Ablehnung durch Volksentscheid (letztmals am 13. Juni 1999)

■ Die SVP widersetzt sich neuen Zwangsabgaben (Mutterschaftsversicherung wird aus Lohnprozenten [EO] bzw. neuen Lohnprozenten bzw. MwSt-Erhöhungen finanziert).

■ Die Überschüsse in der EO, die durch Lohnzüge finanziert wurden, sind den Beitragszahlern zurückzugeben. Der EO-Abgabesatz ist per sofort auf das notwendige Minimum zu reduzieren.

■ Die Mutterschaftsversicherung bringt neue Zwangsabgaben mit sich, schwächt die Wirtschaft und verhindert damit Wirtschaftswachstum.

■ Heute haben wir die bestehenden Sozialwerke zu sichern und nicht neue zu schaffen.

Senkung der Krankenkassen- prämien

Seit der Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes (KVG) 1996 sind die Krankenkassenprämien um über 60% angestiegen. **Aus diesen vorsehbaren Gründen hat die SVP das KVG 1994 als einzige Bundesratspartei bekämpft.** Mittlerweile ist mehr

als ein Drittel der Bevölkerung auf Prämienverbilligungen angewiesen. So kann es nicht mehr weiter gehen!

Sämtliche Verbesserungsvorschläge und Vorstösse aus den Reihen der SVP hat das Parlament verworfen. Aus diesem Grund hat die SVP die Prämiensenkungsinitiative lanciert („Eidg. Volksinitiative für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung“). **Die SVP-Prämiensenkungsinitiative ermöglicht eine massive Senkung der Krankenkassenprämien.** Dies ist für die Wirtschaft, das Gewerbe, die Steuerzahler und insb. den Mittelstand von grosser Bedeutung.

Mit folgenden Massnahmen will die SVP die Kostenexplosion im Gesundheitswesen bekämpfen und so eine substantielle Senkung Krankenkassenprämien erreichen:

- ▶ Schaffung der Vertragsfreiheit (Abschaffung des Kontrahierungszwangs)
- ▶ Straffung des Leistungskatalogs
- ▶ Transparente und sichere Finanzierung
- ▶ Flexibilisierung der Krankenversicherung



Immer topaktuell informiert: SVP-News auf Ihrem Handy!

Jetzt anmelden!

Senden Sie ein SMS mit dem Text „SVP ON“ an die Kurznummer 939 (40Rp./SMS) oder benutzen Sie die Online-Anmeldung auf www.svp.ch

Von Mäusen und Menschen...

Der diesjährige Fraktionsausflug führte unsere Volksvertreter und deren Gäste bei strahlendem Wetter und tropischen Temperaturen in die Nordwestschweiz. Den Auftakt machte ein feines Mittagessen beim Pharmakonzern Novartis. Die anschliessenden Führungen boten einen interessanten Einblick in die Welt der Genforschung. Auf der rund einstündigen Schifffahrt auf dem Rhein vom Dreiländereck bis nach Schweizerhalle genoss man den Sonnenschein in vollen Zügen. Als letzte Station stand ein Abendessen in der Heimatgemeinde von Fraktionschef Caspar Baader in Gelterkinden auf dem Programm.



Brachten uns trotz Hitze einigermassen trocken ans Ziel: die klimatisierten Cars der Firma Marti



Wurde wie immer von den Medien belagert: Parteipräsident Ueli Maurer vor der Abfahrt



Unsere Gastgeber in Basel: der Pharmakonzern Novartis



Gemütliche Runde beim Mittagessen



„Ici on parle le Français“: NR Jean Fattetbert (l.) und NR Walter Schmied



Aufmerksames Zuhören in allen Reihen: Vortrag über die Forschung bei Novartis



Startpunkt zur Schifffahrt: Dreiländereck Schweiz, Deutschland und Frankreich



Demonstrierte eindrücklich seine virtuellen Steuerkünste als Kapitän: Bundesrat Samuel Schmid



Ihm war es schon fast ein wenig zu heiss: Nationalrat J. Alexander Baumann auf dem Schiff



Immer für ein Spässchen zu haben: Nationalrat Toni „Di Caprio“ Brunner



Gruppenbild mit Dame (v.l.n.r.):
Nationalrat Jean Henri Dunant, Yvonne Dunant,
Nationalrat Peter Föhn, Nationalrat Jürg Stahl



Sichtlich zufrieden: Nationalrat
und Fraktionspräsident Caspar
Baader



Sorgten für gute Stimmung:
Trio Evergreen aus Gelterkinden



Nationalrätin Ursula Haller (r.)
und Nationalrat Max Binder



Geniesst den Apéro:
Nationalrat Christoph Mörgele



Alt-Nationalrat Theo Fischer (l.)
und Nationalrat Ulrich Schläpfer



Wertvolle Tipps für den richtigen Golfschwung?: Die
Herren Nationalräte Robert Keller (l.) und Hans Kaufmann



Politische Schwergewichte:
Nationalrat Bruno Zuppiger (l.)
und Bundesrat Samuel Schmid



Baselbieter Minnesänger:
Fredy Schär



Yves Bichsel, Pressesprecher (l.)
und Nationalrat Hanspeter Seiler

...the
swiss brand!

NOSER

...für dekoratives Licht!

COOL
KALTLEUCHT

www.noserlight.ch

SVP - mit dem Volk verbunden!

Sie läuft bereits seit anfangs April: die Telefonaktion der SVP „Mit dem Volk verbunden“. Noch bis zu den Eidg. Wahlen vom 19. Oktober 2003 haben Sie jede Woche die Möglichkeit, einer Parlamentarierin bzw. einem Parlamentarier direkt am Telefon Ihre Fragen zu stellen. Nutzen Sie diese einmalige Gelegenheit!

- ▶ Mi., 9. Juli 2003, 17.00 - 19.00 Uhr
Nationalrat Simon Schenk (BE)
- ▶ Mi., 16. Juli 2003, 17.00 - 19.00 Uhr
Nationalrat Ernst Schibli (ZH)
- ▶ Mi., 23. Juli 2003, 17.00 - 19.00 Uhr
Nationalrat Walter Glur (AG)
- ▶ Mi., 30. Juli 2003, 17.00 - 19.00 Uhr
Nationalrat Hanspeter Seiler (BE)
- ▶ Mi., 6. August 2003, 17.00 - 19.00 Uhr
Nationalrat Robert Keller (ZH)
- ▶ Mi., 13. August 2003, 17.00 - 19.00 Uhr
Nationalrat Hansruedi Wandfluh (BE)
- ▶ Mi., 20. August 2003, 11.30 - 13.30 Uhr
Nationalrat Otto Laubacher (LU)
- ▶ Mi., 20. August 2003, 17.00 - 19.00 Uhr
Nationalrat Toni Bortoluzzi (ZH)
- ▶ Mi., 27. August 2003, 11.30 - 13.30 Uhr
Nationalrat Hermann Weyeneth (BE)
- ▶ Mi., 27. August 2003, 17.00 - 19.00 Uhr
Nationalrat Bruno Zuppiger (ZH)

Die SVP Nummer: 031 302 04 09

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahrten Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com





Nationalratsliste der SVP International steht

Die Generalversammlung von SVP International hat am 29. Juni 2003 in Grenchen die Nominierungen für die Nationalratsliste vorgenommen. SVP International wird als schweizweite Premiere in den Nationalratswahlen eine Auslandschweizerliste einreichen mit Kandidaten aus vier Kontinenten.

Erstmals in der Geschichte der Schweizer Parlamentswahlen werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Herbst eine reine Auslandschweizerliste einwerfen können. Noch nie wurde ein Auslandschweizer ins eidgenössische Parlament gewählt. Bisher waren Auslandschweizer nicht auf einer gesonderten Liste zur Wahl angetreten, sondern nahmen einen mehr oder weniger prominenten Platz auf der Stammliste ein. SVP International tritt mit sechs Kandidaten an und wird im Kanton Basel-Land eine Liste einreichen.

Schwierige Situation

Einseitige und oft veraltete Informationen, zu spät eintreffende Stimmkuverts, Verzögerungen bei den Adressmuta-

tionen und der Kanton als Wahlkreis machen es für die im Ausland lebende Schweizer Bevölkerung schwierig, an der Schweizer Demokratie teilzuhaben. Dies ist umso stossender, als die Menschen heute mobiler als früher und oft nur vorübergehend im Ausland tätig sind. Sie dürften in dieser Zeit von den Geschehnissen in ihrer Heimat nicht abgeschnitten werden. Auch die Schweiz kann viel profitieren von der Sicht ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger im Ausland. Hier wollen wir ein Zeichen setzen und uns aktiv für Verbesserungen stark machen.

SVP International will schon heute gegen die Probleme antreten, denen Auslandschweizer insbesondere bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte ausgesetzt sind. Sie wird Partei und Fraktion auf

die zahlreichen bürokratischen Probleme aufmerksam machen.

Vorstösse in Vorbereitung

Mit unserer Sicht von aussen wissen wir um die Bedeutung, die schweizerischen Eigenheiten und die sprichwörtliche „Schweizer Qualität“ auch in Zukunft zu bewahren und zu fördern. Die Erpressungen gegenüber der Schweiz, die katastrophale Situation der Bundesfinanzen und die wachsende Kriminalität machen uns betroffen. Hier muss etwas ändern und dazu müssen wir alle mit unserer Stimme etwas beitragen. Umso mehr ärgert es uns, wenn wir



► Rolf Schudel, Präsident SVP International

wegen bürokratischen Mängeln an der Stimmabgabe gehindert werden. Wir werden der Fraktion daher entsprechende Vorstösse für die Herbstsession beantragen. ◀

Auf der Auslandschweizerliste werden folgende Kandidaten für die SVP ins Rennen steigen:

- Rolf Schudel, Präsident SVP International, Unternehmer, Delegierter im Auslandschweizererrat
- Bruno Kaspar, Honorargeneralkonsul und Unternehmer, in Vilnius (Litauen)
- Edgar Studer, ehem. Fürsorgesekretär, Finchampstead (GB)
- Thomas F. Daetwyler, Kaufmann, Colombo (Sri Lanka)
- Walter Müller, Projektleiter, Capetown (Südafrika)
- Gerold W. Frey, Versicherungsmathematiker, Colorado Springs (USA)

Häufig gestellte Fragen

Was erhofft sich die SVP von dieser Liste?

Die SVP will mit dieser Liste auf die berechtigten Interessen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer aufmerksam machen und versuchen, ihnen eine Stimme im Parlament zu geben.

Wer kann die Auslandschweizerliste einlegen?

Alle Personen, die in Baselland stimmberechtigt sind, können die SVP-Auslandschweizer-Liste einlegen. Wir hoffen zudem, dass sich im Nachgang an die zweifelhafte Prognose des gfs-Instituts zum Wahlverhalten der Auslandschweizer möglichst viele Personen im Ausland noch in die Stimmregister eintragen lassen und auch in anderen Kantonen die SVP-Liste einwerfen. Denn nur die SVP setzt sich engagiert dafür ein, dass die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer nicht durch unnütze bürokratische Hürden oder einseitige Information in der Ausübung ihrer demokratischen Rechte und Pflichten behindert werden.

Warum wurde die Liste in Kanton Baselland platziert?

Rolf Schudel ist als Delegierter des Auslandschweizererrats und als Präsident von SVP International der Spitzenkandidat der Liste. Er ist in Baselland stimm- und wahlberechtigt. Dies gab den Anlass, die SVP Auslandschweizerliste in seinem Heimatkanton zu platzieren.

Aliki Panayides, stv. Generalsekretärin und Wahlkoordinatorin



Weiter denken - Steuern senken!

Nach langem Hin und Her ist eines der wichtigsten Geschäfte dieser Legislatur in der Sommersession 2003 verabschiedet worden: das Steuerpaket. Steuersenkungen sind ein zentrales Anliegen der SVP: Nur so können wir eine Stärkung des Wirtschaftsplatzes und die Sanierung des Staatshaushaltes bewirken. Leider gibt es auch SVP-Politiker, welche sich gegen das Steuerpaket stark machen. Sie haben die zentralsten Grundsätze der SVP-Politik nicht begriffen.

Die Belastung durch Steuern, Abgaben und Gebühren ist in der Schweiz in den vergangenen 10 Jahren mehr angestiegen als in jedem anderen vergleichbaren OECD-Land: Die Zwangsabgaben haben heute eine Höhe von rund 60% des Bruttoinlandproduktes erreicht. Das heisst: Von jedem umgesetzten Franken fließen 60 Rappen in die Staatskasse. Oder anders gesagt: Wir müssen bis weit in den August hinein arbeiten, bis wir etwas für uns selber auf die Seite tun können.

Das Steuerpaket bringt nun die dringend nötigen steuerlichen Erleichterungen für die Familien und den Mittelstand. Die Erleichterungen betreffen namentlich die Bereiche der Ehepaar- und Familienbesteuerung, die Wohneigentumsbesteuerung sowie die Umsatzabgabe. In seinem Umfang jedoch ist das Steuerpaket viel zu klein: Die SVP hatte sich für Entlastungen im Umfang von weiteren 700 Mio. Franken eingesetzt. Unsere Partei fordert entsprechend auch bereits ein zweites Steuerpaket im nächsten Jahr. Anders die anderen Parteien: Zur Finanzierung von AHV und IV wollen sie die Mehrwertsteuer weiter erhöhen. Zudem soll eine Mutterschaftsversicherung geschaffen werden. Dies alles würde die Steuerzahler 4,8 Mia. Franken pro Jahr kosten - mehr als das Doppelte des 1. Steuerpaketes! Dagegen wird die SVP mit aller Kraft antreten. Sie sehen: Mit Steuersenkungen meinen es die anderen Parteien nicht ernst.

Täglich lesen wir nun in der Zeitung von diesem Steuerpaket. Es sei „überdimensioniert“, „vermessen“ - ja: „unanständig“! Selbst die NZZ berichtet, das Steuerpaket führe beim Bund „zu Ausfällen von 1,5 Mia. Franken“ und bei den Kantonen „zu solchen von 510 Mio. Franken“. Wieso Ausfälle? Nimmt denn der Bürger dem Staat etwas weg? Oder ist es nicht einfach so, dass der Staat dem Bürger etwas weniger wegnimmt? Und macht der Staat nicht sowieso zuviel?

Vielleicht erinnern Sie sich an das Wort „Steuergeschenk“. Hinter diesem Wort steht die Vorstellung, dass dem Staat eigentlich das volle Einkommen jedes Bürgers gehört. Wenn der Erwerbstätige etwas mehr für sich behalten darf und etwas weniger abliefern muss, spricht man von einem „Steuergeschenk“.

Das ist Sozialismus pur. Und es ist gar nichts anderes, wenn nun Finanzdirektoren sagen, es sei „un glaublich“, in einer Zeit, in der Bund und Kantone an Sanierungspaketen arbeiteten, dermassen leichtfertig Einnahmen preiszugeben“. Es ist nicht Aufgabe der Finanzdirektoren, ein Maximum an Steuern und Einnahmen zu generieren - es ist vor allem Aufgabe der Finanzdirektoren, endlich einmal die Ausgabenexplosion und den beängstigenden Anstieg der Staatsquote in den Griff zu bekommen!

Die „Steuergeschenk“-Logik vertrat auch FDP-Ständerat Marty, als er vom „l'abus de biens publics“ sprach. Diese sozialistische Denkweise scheint sich in der FDP durchzusetzen: Immerhin lehnten auch Präsidentin Langenberger und die Ständerätinnen Spoerry und Beerli die Vorlage ab. Langenberger hat sich in der zweiten Abstimmung dann noch umentschieden und Ja gestimmt. Sie habe ein „ekelhaftes Gefühl“, liess sie in den Medien verlauten. Wir auch, Frau Langenberger.

Gregor A. Rutz, Generalsekretär

Impressum SVPja

**Herausgegeben von der
Stiftung SVP-Parteizeitung**

Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion:
Dr. Yves Bichsel

Anzeigenverwaltung:

Simon Glauser, Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Postadresse:

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26
Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Abonnementspreise:

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

siehe Adresse **„Druck“**

Neu im Shop: Polo-Shirts und Post-it!

..... Expl.	Polo-Shirt (Neu!)	dunkelblau	Grösse	(XS, M, L, XL, XXL)	Fr.	40.--	
..... Expl.	Polo-Shirt (Neu!)	weiss	Grösse	(XS, M, L, XL, XXL)	Fr.	40.--	
..... Expl.	Post-it (Neu!)	Block à 50 Blatt				Fr.	2.--
..... Expl.	Offiziersmesser	Original Victorinox				Fr.	20.--
..... Expl.	Kleber	Bogen à 35 Kleber				Fr.	6.--
..... Expl.	Jass	deutschschweizer Karten	franz. Karten		Fr.	3.--	
..... Expl.	Ballone	Sack à 50 Stück				Fr.	40.--
..... Expl.	Kugelschreiber					Fr.	2.50
..... Expl.	Feuerzeug	nachfüllbar				Fr.	5.--
..... Expl.	Tischtuchrolle	PVC, 1 x 100 m				Fr.	100.--



Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 301 75 85 oder Mail gs@svp.ch

Neue Arbeitsgruppe gegründet **Glaube & Politik**

Liebe Parteifreunde

Die SVP bekennt sich in ihrer Wahlplattform 03 -07 zu einer Politik, die auf christlichen Grundsätzen basiert. Zur Umsetzung in der Tagespolitik ist daher eine Auseinandersetzung mit diesen Grundsätzen und ihrer Herkunft wichtig. Dem christlichen Glauben muss mehr Rechnung getragen werden, damit er nicht durch andere Religionen untergraben und verdrängt wird und unser Land seine christliche Prägung nicht verliert! Zur Erörterung dieser Fragen wollen wir die neue, parteiinterne Gruppe „Glaube & Politik“ ins Leben rufen.

Wenn sie Interesse haben, dieser Gruppe anzugehören oder aktiv mitzuarbeiten, dann melden sie sich bei:
Kantonsrat Mike Vökt, Solothurnstrasse 15, 4702 Oensingen, svp.gaeu@dplanet.ch

Mike Vökt, Kantonsrat, Präs. SVP Bezirk Gäu, Oensingen (SO)
Hanspeter Seiler, Nationalrat, Oberhofen (BE) / Sepp Schnyder, Sozialkommission, Buochs (NW)

Anmeldung Arbeitsgruppe „Glaube & Politik“

Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Politische Funktion / Amt:

Telefon: Fax:

E-Mail:

Talon bitte einsenden: Kantonsrat Mike Vökt, Solothurnerstrasse 15, 4702 Oensingen



Regierungsräte nicht mehr in Verwaltungsräten?

Sollen bernische Regierungsmitglieder weiterhin als Verwaltungsratsmitglieder von Unternehmungen mit bedeutenden staatlichen Beteiligungen tätig sein? Die SVP-Grossratsfraktion hat die Frage thematisiert. Jetzt muss die Regierung nochmals über die Bücher.

Unrühmliche Ereignisse bei mehreren Investitions-Grossprojekten haben das Berner Inselspital ins Licht der Öffentlichkeit gezerrt. Die Vorfälle haben in der Bevölkerung denn auch grosses Aufsehen erregt. Rasch kristallisierte sich die Meinung heraus, dass der Verwaltungsrat in den fraglichen Fällen seiner Aufgabe nicht gerecht geworden sei. Einem breiten Publikum ist bekannt, dass die Regierungsräte Samuel Bhend (sp) und Mario Annoni (fdp) Mitglieder des Inselspital-Verwaltungsrates sind und deshalb eine Mitverantwortung tragen...

Die Mitwirkung von Regierungsmitgliedern in Unternehmungen mit kantonaler Bedeutung ist im Kanton Bern seit Jahren ein Gesprächsthema.

SVP-Motion als Auslöser

Die Vorfälle im Inselspital haben die SVP-Fraktion zu einer grundsätzlichen Intervention veranlasst. In einer Motion verlangte sie, der Regierungsrat solle künftig keine Mitglieder mehr in Verwaltungsräte staatlich beherrschter Unternehmungen abordnen. Die Wahrnehmung der kantonalen Interessen sei in solchen Unternehmungen auf andere Weise sicherzustellen. In der Begründung wurde darauf hingewiesen, dass Regierungsmitglieder oftmals mehrere

Rollen ausüben müssten. So hätten sie die Interessen des Kantons wahrzunehmen und für die Belange der Unternehmungen einzustehen. Oftmals übten sie zugleich noch die Funktion der Aufsichtsbehörde aus und entschieden auch bei Submissionen über die Vergabe von Aufträgen.

Unabhängig genug?

Die Regierung liess das Thema durch eine sechsköpfige Arbeitsgruppe, in der die Generalsekretariate der betroffenen Direktionen mitwirkten, bearbeiten. Damit war zwar das nötige Fachwissen vorhanden, doch kamen Zweifel auf, ob die erforderliche Unabhängigkeit gegenüber ihren Regierungsräten gewährleistet war.

Anbindung an die Politik

Gestützt auf den 70seitigen Grundlagenbericht gelangte die Regierung zum Schluss, dass an der gegenwärtigen Abordnungspraxis nichts geändert werden soll. Die fraglichen Unternehmungen (u.a. BKW Energie AG, BLS Lötschbergbahn, Alpar AG) wiesen fast ausschliesslich staatlich begründete Monopolstellungen auf, weshalb die Anbindung an die Politik nicht falsch sei. Eine Neuurteilung sei dann angezeigt, wenn betroffene Unter-

nehmungen aufgrund geänderter Rahmenbedingungen weitgehend im freien Markt tätig würden. Bei Rollenkonflikten (u.a. in Unternehmungen des öffentlichen Verkehrs) werde schon heute darauf geachtet, dass in Verwaltungsräten von Unternehmungen nicht die gleichen Personen sassen, die auch die Leistungsvereinbarung aushandelten, Subventionen gewährten oder behördliche Auflagen erliessen. Der Regierungsrat neigte überdies zur Auffassung, dass bei spezifischen öffentlichen Interessen Mitglieder des Regierungsrates oder der Kantonsverwaltung und bei finanziellen Interessen extern mandatierte Personen in die Verwaltungsräte abgeordnet werden sollten.

Keine anderen Modelle

Die SVP-Fraktion hatte sich eine etwas andere Antwort vorgestellt. Ihr ging es gleich wie der Finanzkommission des Grossen Rates, die es bedauerte, dass nicht auch noch andere Abordnungsmodelle mit einer Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile und der Risiken erwogen worden seien. Aufgrund des Grundlagenberichtes könne sie nicht inhaltlich Stellung nehmen, ob das heutige Abordnungsmodell zur Wahrung der kantonalen Interessen tatsächlich das längerfristig am besten geeignete sei.

Neuer Bericht bis 2006

Gestützt auf die kritischen Positionen der Finanzkommission und der SVP-Fraktion entschied der Grosse Rat, es sei bis Ende 2006 eine vorurteilslose Überprüfung und Gegenüberstellung unter-



Kurzportrait

Dieter Widmer, 1953, Wanzwil, Informationschef, verheiratet, zwei Kinder, seit 1994 Grossrat, Präsident der SVP-Fraktion 1997-2001, Präsident des Bernischen Grossen Rates 2002/2003, Mitglied der Geschäftsleitung der SVP-Kanton Bern

schiedlicher Modelle vorzunehmen, in welcher Weise der Kanton seine Eigentümerinteressen in Unternehmungen mit kantonaler Beteiligung ausüben könne. Die Erfahrungen anderer Kantone seien einzubeziehen. Bei Unternehmungen, die ihre Produkte und Leistungen im freien Markt anbieten würden, sei grundsätzlich zu prüfen, ob eine Beteiligung des Kantons noch gerechtfertigt sei.

Rollenkonflikte in der Insel?

Seinen Entscheid, die Regierungsmitglieder Samuel Bhend und Mario Annoni aus dem Verwaltungsrat des Inselspitals abzuziehen, fasste der Regierungsrat am 15. Mai 2003, und begründete ihn u.a. mit Rollenkonflikten. Nicht der Beschluss an sich war verwirrend und nicht klar nachvollziehbar, sondern die Begründung, die sehr unterschiedliche Bewertung und die Schlussfolgerung der Regierung zur Frage der Rollenkonflikte. Im Zeitpunkt des Personalentscheides war nämlich der Grundlagenbericht mit nuanciert anderen Erkenntnissen bereits verabschiedet... ◀



Packen wir's an! Stancpunkt

Die SVP wird von den anderen Parteien bei ihrem Kampf für eine bürgerliche Schweiz mit gesunden Finanzen, gesunden Sozialwerken und einer tiefen Steuerbelastung immer mehr im Stich gelassen. Insbesondere die Knochenarbeit bei Unterschriftensammlungen überlässt man zunehmend der SVP.

In der nächsten Zeit wird die SVP für Unterschriftensammlungen gefordert sein. Neben der im Februar gestarteten Prämiensenkungsinitiative werden wir uns zwischen Oktober und Januar für das Referendum zur Mutterschaftsversicherung engagieren. In 100 Tagen sind 50'000 Unterschriften zu sammeln! FDP, CVP und vor allem die Wirtschaftsverbände lassen uns im Stich:

Sie haben die Kraft nicht, um gegen den Sozialausbau anzutreten. An der Basis aber, bei den KMU, können wir auf Unterstützung in unserem Kampf gegen die weitere Ausdehnung der Sozialleistungen zählen. Statt neue Leistungen einzuführen, müssen wir zuerst einmal die AHV, die IV und die 2. Säule sichern - und zwar ohne neue Steuern und Abgaben!

Am 13. September wird die SVP eine ausserordentliche Delegiertenversammlung abhalten, die über die Lancierung einer neuen Asylinitiative befinden wird. Die Versprechungen von Bundesrat und den anderen Parteien, die im Vorfeld der Asyl-Abstimmung im November 02 gemacht wurden, sind schon lange wieder vergessen. CVP und FDP verschleppen und verwässern die Asylgesetz-Revision. Die SVP muss daher den Druck aufrechterhalten.

Einmal mehr ist die SVP auf sich alleine gestellt. Sie ist die einzige Partei, die für Eigenverantwortung und Bekämpfung von Missbräuchen einsteht. Wir sind es aber unserem Land schuldig, den Kampf weiterzuführen und mit allen Mitteln für eine sichere und unabhängige Schweiz einzustehen.

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz

Coin latin



G8-Gipfel im Genfer Grossrat

Bereits lange vor dem G8-Gipfel hat die SVP Genf das Kantonsparlament wie auch die Regierung gewarnt: „Die Bedingungen zur Erteilung einer Bewilligung sind nicht erfüllt. Die geplanten Demonstrationen sind daher illegal.“

Die Organisatoren der Demonstration waren nicht einmal alle persönlich bekannt, da kein formelles Gesuch um Erteilung einer Bewilligung eingereicht worden war. Es wurde kein Ordnungsdienst eingerichtet, der auf Kosten der Demonstranten der Gefahr von Schäden an Menschen und Gütern begegnen sollte.

„Eine unbewilligte Demonstration ist eine verbotene Demonstration. Die Behörden dürfen daher keinesfalls ihr Einverständnis geben.“, so Fraktionspräsident Jacques Pagan in seiner Erklärung vom 9. Mai 2003. Weiter hiess es: „Der Regierungsrat muss sich

entscheiden, zu welchem Lager er gehören will. Entweder steht er für die öffentliche Ordnung und Sicherheit ein, die Freiheit und das Privateigentum, die Unternehmungen und die Arbeitsplätze, oder er verteidigt - unter völlig inakzeptablen Bedingungen - eine falsch verstandene Versammlungsfreiheit und Meinungsäusserungsfreiheit von Menschen, die grossmehrheitlich nicht aus unserem Land stammen und die sich gegen eine Sache stellen, die nicht die unsere ist.“

Der Regierungsrat hat sich leider klar für das Lager der Chaoten entschieden und damit entgegen seiner Verpflich-

tung gehandelt. Diese mangelnde Pflichterfüllung sind wie auch die Zerstrittenheit und die fehlende Sachkompetenz der Regierung die Gründe für die Rücktrittsforderung der SVP an die Adresse der gesamten Kantonsregierung. Einzig Neuwahlen können das Vertrauen der Bevölkerung in die Behörden wieder herstellen.

Immer noch zum Thema G8 hat die SVP im Mai eine Motion „Anti-G8-Demonstrationen: Zivil- und strafrechtliche Verantwortung der Organisatoren“ eingereicht. Sie wollte damit bereits vor den grossen Verwüstungen auf die Verantwortung der Demonstranten hinweisen und den Rückgriff auf die einzelnen Mitglieder der Demonstrationsorganisation ermöglichen. Im Juni hat die SVP ausserdem gefordert, dass kantonale und kommunale Subventionen, die an Verbündete der Demonstranten ausgeschüttet wurden, hinfort

einem Fonds zur Entschädigung der Opfer überwiesen würden. Unter vielen weiteren parlamentarischen Vorstössen ist noch die Interpellation von Grossrat Gilbert Catelain hervorzuheben. Er fragt danach, wie die Entscheidung der Regierung, die Grenze offen zu halten, mit den Pflichten des Kantons aus der Verfassung zu vereinbaren ist, die den Grenzschutz dem Verantwortungsbereich der Eidgenossenschaft zuweist.

Der gleiche Grossrat hat im Übrigen aufgedeckt, dass es nicht stimmt, dass die Demonstrationen kein Todesopfer gefordert haben. Eine Person starb in einer Ambulanz, die auf dem Weg zum Spital von einer unkontrollierten Menschenmenge aufgehalten wurde.

Yves Nidegger,
Fraktionssekretär SVP Genf

Bestellen Sie jetzt Ihre Festkarte!

Am Samstag, 23. August steigt in Holziken (AG) das grosse Wahlkampffest der SVP Schweiz. Damit wird die Endphase des Wahlkampfes eingeläutet, in dem sich die SVP seit Oktober 1999 befindet. Unter dem Motto „Schweizer Qualität“ zieht die SVP in die Wahlen. Sie steht ein für gesunde Staatsfinanzen, für tiefere Steuern, Krankenkassenprämien, Gebühren und Abgaben, für die Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes und für die Bekämpfung von Missbräuchen im Asylwesen und in der Sozialpolitik. Mit ihrer Politik, die auf bewährten bürgerlichen Grundhaltungen aufgebaut ist, steht die SVP zunehmend alleine da und tritt gegen die Koalition aus den anderen Parteien an.

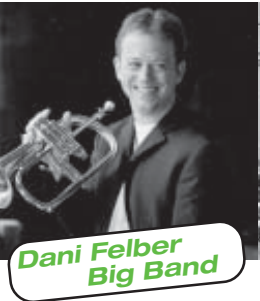
Schweizer Qualität bietet die SVP nicht nur in der Politik, sondern auch an ihrem traditionellen Parteifest in Holziken. Das Parteifest beginnt mit einem zwei-stündigen politischen Teil, der Spannung und klare Positionen verspricht. Im gemütlichen Teil gibt es ein feines Abendessen mit echt schweizerischer Unterhaltung. Natürlich gibt es in Holziken auch eine grosse Tombola mit attraktiven Preisen. Ans Parteifest sind alle Parteimitglieder und Sympathisanten herzlich eingeladen. Für 80 Franken bieten wir eine tolle Unterhaltung und ein gutes Essen, die Getränke sind ebenfalls inbegriffen. Bitte melden Sie sich mit unten stehendem Talon oder direkt bei Ihrem kantonalen Sekretariat an.

Wir freuen uns, Sie an unserem Parteifest in Holziken zu begrüßen!

Qualité suisse

Nationalrat Ueli Maurer
Parteipräsident

Schweizer Qualität



Marianne Cathomen

Ruedi Rymann

Sutter & Pfändler

Dani Felber Big Band

Partyservice Gasthof zum Schützen

Festkarten-Bestellung

Traditionelles SVP-Parteifest - Samstag, 23. August 2003 Reithalle Holziken (AG)

Ich bestelle (Anzahl) Festkarten à Fr. 80.--

Name:

Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort: Kt:

Mitglied der Sektion:

Datum: Unterschrift:

Bitte diesen Talon einsenden an:

SVP Generalsekretariat, Brückfeldstrasse 18, Postfach, 3000 Bern 26 oder per Fax 031 301 75 85